

Mindestlohn statt Lohndumping

**Es ist Zeit zum Handeln,
Zeit für einen flächen-
deckenden gesetzlichen
Mindestlohn, meint Klaus
Ernst.**

Niedriglöhne in Deutschland gehören zur Realität. Ob Fleischer in Schleswig Holstein, Pflegekräfte im Saarland oder Floristinnen in Sachsen: Die Niedriglohnpolitik von Ex-Kanzler Schröder (SPD) bis Kanzlerin Merkel (CDU) hat zu katastrophalen Zuständen auf dem Arbeitsmarkt geführt. Über 6,5 Millionen Menschen arbeiten mittlerweile für Löhne, von denen die Menschen kaum leben können.

Besonders eklatant ist die Situation in der Leiharbeit. Wer Vollzeit in der Leiharbeit arbeitet, bekommt im Durchschnitt nur halb so viel Geld wie Festangestellte, rund 1400

Euro brutto. Viele Leiharbeitskräfte sind deshalb arm trotz Arbeit. Wenn aber Vollzeitbeschäftigte gezwungen sind, ihr Erwerbseinkommen mit Hartz IV aufzustocken, dann entpuppen sich die Unternehmer als die wahren Sozialschmarotzer.

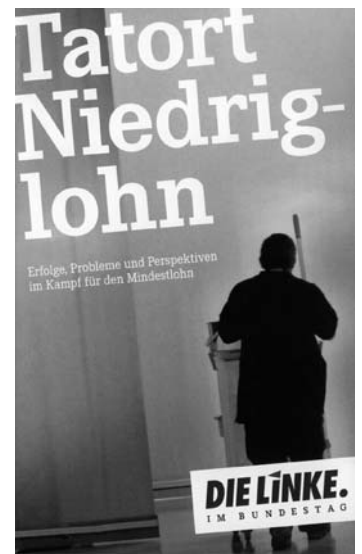
Die Unternehmer betrügen ihre Beschäftigten um anständige Löhne. Und sie betrügen die Allgemeinheit um Steuergeld. Alle Steuerzahlenden Menschen subventionieren nämlich faktisch ihre Lohndrückerei. Allein seit dem Jahr 2005 wurden hierfür rund 50 Milliarden Euro in das Hartz-System gepumpt. Viel Geld, das an anderer Stelle dringend gebraucht wird, etwa für Kindertageseinrichtungen und Schulen, für Stadtteilzentren und Schwimmbäder.

Es ist kein Zufall, dass in Deutschland die Reallöhne in den vergangenen zehn Jahren um 4,5 Prozent gefallen sind, während sie

in allen anderen entwickelten Industriestaaten gestiegen sind. Die Bundesregierung meint nicht die Leiharbeitskräfte, Minijobber oder Teilzeitbeschäftigten, wenn sie vom Aufschwung XXL spricht. Sie meint allein den Aufschwung der Profite von Unternehmen, die im vergangenen Jahr schon wieder über 13 Prozent Gewinne eingefahren haben.

Nun sollen zudem ab dem 1. Mai 2011 in- und ausländische Unternehmen das Recht erhalten, Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer aus Mittel- und Osteuropas für Billiglöhne hierzulande arbeiten zu lassen. Die Beschäftigten werden dann zu Standards und Löhnen in Deutschland schuften müssen, die in ihren jeweiligen Herkunftsländern gelten. Es droht eine neue Runde des Lohndumpings.

DIE LINKE fordert deshalb, vor dem 1. Mai 2011 einen flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn



von zehn Euro pro Stunde einzuführen. Dieser Mindestlohn schützt die Beschäftigten vor Lohndrückerei, unabhängig davon, aus welchem Land sie kommen. Er gewährleistet die Gleichbehandlung aller Beschäftigten, beteiligt sie am Aufschwung und stärkt die Kaufkraft und damit die Binnennachfrage.

Klaus Ernst ist Bundestagsabgeordneter und Vorsitzender der Partei DIE LINKE

Ausführlich auf Seite 3

In dieser Ausgabe:

2 Stadtvillen aufs Tempelhofer Feld? Thomas Licher berichtet aus der Bezirksverordnetenversammlung Neukölln.

2 Muslime für Integration. Marijam Sariaslani über eine Debatte in Neukölln.

4 DIE LINKE.Neukölln nimmt Kurs auf die Wahlen am 18. September.

5 Wilhelmsburg/Hamburg – Neukölln/Berlin. Marlis Fuhrmann vergleicht zwei ähnliche Stadtbezirke.

Hiroshima

Tschernobyl

Fukushima

Berliner Ostermarsch 2011: Atomwaffen ächten Atomkraftwerke abschalten!

Der Berliner Ostermarsch beginnt am Ostersonnabend, 23. April, um 12 Uhr vor der Vattenfall-Zentrale an der Chausseestraße 23 im Bezirk Mitte. Er geht zum Potsdamer Platz, vorbei an den Berliner Vertretungen der Atomkonzerne (Friedrichstraße, Unter den Linden, Behrenstraße, Ebertstraße). DIE LINKE.Neukölln unterstützt den Ostermarsch und ruft zur Teilnahme auf.

Ausführlich auf Seite 6



Zeichnung: Klaus Stuttmann

Stadtvillen aufs Tempelhofer Feld?

Noch mehr Fläche des Tempelhofer Feldes soll bebaut werden.

Am 8. März hat die Tempelhof Projekt GmbH auf einer gemeinsamen Sitzung der Ausschüsse für Stadtentwicklung und Natur und Grünflächen den aktuellen Planungsstand zur Nachnutzung des Tempelhofer Feldes vorgestellt. Der Knackpunkt war aus Neuköllner Sicht dabei, dass die Bebauung entlang der Oderstraße gegenüber bisherigen Planungen massiv ausgeweitet werden soll.

Die Fraktion der LINKEN hatte am 23. März im Rahmen einer großen Anfrage das Thema „Nachnutzung des Tempelhofer Feldes“ auf die Tagesordnung der Neuköllner Bezirksverordnetenversammlung gebracht. Dabei trat der Neuköllner Baustadtrat de facto für eine Luxusbebauung auf dem Tempelhofer Feld ein. Das zeigte sich planungs-



Vignette: Franz Zauleck

rechtlich an dem Ziel, die Baudichte an der Oderstraße zu reduzieren. Das bedeutet, dass vom Geschosswohnungsbau zur offenen Bebauung mit Stadtvillen und Reihenhäuser übergegangen werden soll. Weiter beantwortete der Baustadtrat Blesing (SPD) die Fragen der LINKEN wie folgt: „Das Bezirksamt stehe der Bebauung kritisch, aber nicht ablehnend gegenüber.“

Wenn schon jetzt Menschen mit kleinen Einkommen die Miete in Neubauwohnungen nicht bezahlen können, wird sich kaum jemand von der angestammten Bewohnern von Nord-Neukölln eine exklusive Wohnung in einem der Reihenhäuser oder Stadtvillen leisten können.

Auf mögliche negative Folgen für die angrenzende Schillerpromenade angesprochen, merkte der Baustadtrat an, dass das von der Bevölkerung hinzunehmen sei und die zukünftigen Miethöhen würden durch Angebot und Nachfrage geregelt werden. In der anschließenden Debatte stellte Christian Posselt die Position der LINKEN dar und trat gegen jegliche Privatisierung bzw. Verkauf der Flächen ein. Durch eine Bebauung des ehemaligen Flughafens kann der Bedarf an preiswerten Wohnungen nicht gedeckt werden.

Die bürgerlichen Parteien haben in der Diskussion zu dieser großen Anfrage keine Position bezogen.

Aber in der späteren Auseinandersetzung zu massiven Mietsteigerungen in verschiedenen Neuköllner Quartieren hatten diese Parteien nichts gegen soziale Verdrängung einzuwenden und sprachen in erster Linie von den Chancen für Neukölln durch den verstärkten Zuzug durch Besserverdienende. Man kann sich des Eindrucks nicht erwehren, dass sich das Bezirksamt mehr den zuziehenden Menschen verpflichtet fühlt als der angestammten Bevölkerung. Wenn Menschen mit kleinem Einkommen wegen steigender Mieten aus dem Norden von Neukölln verdrängt werden, findet das offenbar die Zustimmung von SPD, CDU und FDP.

Diese Politik geht an den tatsächlichen Bedürfnissen der Menschen in Neukölln völlig vorbei. Sie wird hoffentlich bei den Wahlen im September eine böse Abfuhr erhalten.

Thomas Licher

Muslime für Integration

Muslime in Deutschland – Integration statt Assimilation, das war das Motto einer Debatte in der Begegnungsstätte in der Flughafenstraße.

Wir möchten unserem Bundespräsidenten heute sagen, dass wir tatsächlich zu Deutschland gehören.“ Damit begann das Eingangsstatement des stellvertretenden Vorsitzenden der Islamischen Gemeinde in Deutschland, Khallad Swaid, der zusammen mit dem Islamwissenschaftler Prof.

Dr. Udo Steinbach und Vertretern von der LINKEN, B90/Die Grünen, SPD und CDU auf dem gemeinsam von der Neuköllner Begegnungsstätte (NBS) und der LINKEN Neukölln organisiertem Podiumsdiskussion sprach. Er spielte dabei auf die jüngsten Äußerungen des neuen Innenministers Friedrich an, der die „Integrationsdebatte“ neu entfacht hat. Dabei hat er erklärt, „der Islam gehöre nicht zu Deutschland“.

Laut einer von der Friedrich-Ebert-Stiftung in Auftrag gegebenen Studie sagen mittlerweile 58 Prozent der Deutschen, dass die Religionsfreiheit von Muslimen eingeschränkt werden solle. Das kommt nicht von ungefähr. „Der Islam wird zur politischen Agenda“, so Prof. Dr. Udo Steinbach, „und das nicht erst seit dem 11. September. Das Phänomen des Antiislamismus existiert seit 10 bis 15 Jahren, nicht nur in Deutschland.“ Auch Marwa Al-Radwany, die für die LINKE an der Debatte teilnahm, berichtet, dass die Anti-Islam Kampagne bereits seit dem Beginn des Kriegs im Irak geführt werde. Heute sei antimuslimischer Rassismus in der Mitte angekommen, Politiker bedienten sich seiner in aller Öffentlichkeit, um so



Fotos: Annika Eschen

von den sozialen Problemen in Deutschland und den Krisen abzulenken. Sie spalten die Gesellschaft. Es erfolge eine regelrechte Abgrenzung zwischen Muslimen und Deutschen und Ängste würden geschürt. „So aber wird uns der Zugang in die Gesellschaft versperrt“, meinte hierzu eine junge Frau aus dem Publikum. Vor allem die Diskriminierung des Kopftuches bereite den Frauen große Schwierigkeiten. Selbst mit Hochschulabschluss sei

es sehr problematisch, einen Arbeitsplatz zu finden. So werde mit dem Vorwand des Kopftuches das politische Signal der Ausgrenzung auch in der „freien Wirtschaft“ fortgeführt. Muslime würden immer mehr als „Bürger 2. Klasse“ behandelt. Wenn soziale Ängste im Zeichen des Antiislamismus geschürt werden, müsse dem entgegengetreten werden – im gemeinsamen Kampf gegen Sozialabbau.

Mariam Sariaslani



Debatte: Rassismus und soziale Ausgrenzung stehen Integration entgegen.

Mindestlohn zum Schutz aller Beschäftigten

Mit der Arbeitnehmerfreizügigkeit droht ab dem 1. Mai 2011 eine neue Runde des Lohndumpings. Neu-Köllnisch zeigt, was sich dann ändert und wie sich Beschäftigte schützen können.

Im Jahr 2004 sind Estland, Lettland, Polen, Slowakei, Slowenien, Tschechien und Ungarn der Europäischen Union (EU) beigetreten. Die übrigen Mitgliedsstaaten der EU hatten damals die Option, für maximal sieben Jahre die sogenannte Arbeitnehmerfreizügigkeit für Beschäftigte aus diesen Beitrittsländern zu beschränken. Deutschland hat von dieser Möglichkeit Gebrauch gemacht.

Aus diesem Grund müssen Beschäftigte aus Osteuropa momentan eine Arbeitsgenehmigung bei der Bundesagentur für Arbeit beantragen, wenn sie in Deutschland arbeiten wollen. Ab dem 1. Mai 2011 entfällt diese Genehmigungspflicht. Dann gilt Arbeitnehmerfreizügigkeit. Beschäftigte aus den osteuropäischen Mitgliedstaaten haben ab diesem Zeitpunkt das Recht auf freie Wahl des Arbeitsortes. Sie dürfen selbst bestimmen, ob und wo sie innerhalb Deutschlands eine Arbeit suchen und aufnehmen. Deutsche wie nicht-deutsche EU-Bürger haben dann die gleichen Rechte und Pflichten am Arbeitsmarkt. Wer hierher kommt und einen Arbeitsvertrag mit einem deutschen Unternehmen abschließt, zahlt auch in die deutschen Sozialversicherungssysteme ein.

Am 1. Mai 2011 enden aber auch Übergangsregelungen, die für einzelne Branchen wie das Bau- und Reinigungsgewerbe die Entsendung von Beschäftigten nach Deutschland beschränken. Entsendung meint, dass eine Firma mit Sitz im Ausland in Deutschland einen Auftrag übernimmt und hierfür ihre eigenen Beschäftigten schickt. Für diese gelten weitgehend die Arbeitsbedingungen ihres Herkunftslandes, und sie zahlen in die sozialen Sicherungssysteme ihres Heimatlandes ein.

Das Prinzip „gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ gilt nur für eine Branche, in denen es einen Mindestlohn nach dem Arbeitnehmerentsendegesetz gibt. Nur dort haben alle Beschäftigten ein Recht auf den Mindestlohn, wenn sie in Deutschland arbeiten – egal wo sie oder ihr Arbeitgeber herkommen. Derzeit gibt es aber lediglich neun Branchenmindestlöhne, die für nicht einmal drei Millionen Beschäftigte gelten.

Unternehmen werden versuchen, die unterschiedlichen Lohnstandards in den EU-Ländern auszunutzen und osteuropäische Beschäftigte für Lohndumping zu missbrauchen, um ihre Profite zu steigern. Das gilt insbesondere für Branchen ohne Mindestlohn. Dort erhalten Arbeitskräfte, die aus einem osteuropäischen Land nach Deutschland entsendet wurden, nur die Löhne ihres Herkunftslandes. Aber auch in Branchen mit Mindestlohn kann eine Entsendung für die Arbeitgeber profitabel sein, und zwar dann, wenn die Sozialversicherungsbeiträge im Herkunftsland niedriger sind als in Deutschland.

Zwar ist es begrüßenswert, dass für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer die Grenzen geöffnet werden. Offene Grenzen sind zentraler Bestandteil eines sozialen, solidarischen und auf gleichen Rechten beruhenden Europas ohne Ausgrenzung und Diskriminierung. Aber die Arbeitnehmerfreizügigkeit kann nur dann ein Schritt auf dem Weg zu einem gemeinsamen Europa werden, wenn für alle Beschäftigten dieselben Schutzmechanismen gelten. Nur so kann verhindert werden, dass der Wettbewerb zwischen den Unternehmen auf dem Rücken der Arbeitskräfte ausgetragen wird.

Ein solcher Schutzmechanismus ist ein flächendeckender gesetzlicher Mindestlohn für alle Beschäftigten, die in Deutschland arbeiten. Ein weiterer Schutzmechanismus ist das Prinzip „gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ in der Leiharbeit – ohne Ausnahme und ab dem ersten Einsatztag.

Manuela Wischmann

Tatort Niedriglohn

Erfolge, Probleme und Perspektiven im Kampf für den Mindestlohn

Noch vor dem 1. Mai wird es eine namentliche Abstimmung im Bundestag über den Antrag der Fraktion DIE LINKE zur Einführung eines flächendeckenden Mindestlohnes zum 1. Mai 2011 geben. Das Abstimmungsverhalten der einzelnen Abgeordneten wird anschließend veröffentlicht. Die Broschüre „Tatort Niedriglohn“ kann im Internet herunter geladen werden: <http://dokumente.linksfraktion.de/download/mindestlohnbrochuere.pdf>

So haben CDU/CSU, SPD und FDP den Mindestlohn verhindert

Januar 2006: Die Gewerkschaften ver.di und NGG starten die Initiative Mindestlohn.

Januar 2006: DIE LINKE fordert in einem Antrag im Bundestag einen Mindestlohn von acht Euro pro Stunde. Alle anderen Fraktionen lehnen ihn ab.

Mai 2006: Der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) fordert einen gesetzlichen Mindestlohn von 7,50 Euro pro Stunde.

Sommer 2006: DIE LINKE startet eine Kampagne zur Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns von acht Euro.

März 2007: Die SPD startet eine Unterschriften-Aktion für einen gesetzlichen Mindestlohn von 7,50 Euro.

März 2007: DIE LINKE übernimmt in einem Antrag wortwörtlich die Forderung aus der Unterschriften-Aktion der SPD. Trotzdem stimmen sowohl SPD wie auch CDU/CSU und FDP dagegen. Die Grünen enthalten sich.

Januar 2009: Die große Koalition aus CDU/CSU und SPD verweigert sich einem gesetzlichen Mindestlohn. Stattdessen erklärt sie in neun Branchen die jeweiligen Mindestlöhne nach dem Arbeitnehmerentsendegesetz für allgemeinverbindlich. FDP und Grüne stimmen gegen diese Gesetze, DIE LINKE enthält sich.

März 2010: DIE LINKE beantragt im Bundestag einen gesetzlichen Mindestlohn, der bis zum Jahr 2013 auf zehn Euro pro Stunde steigen soll. Die Grünen fordern einen Mindestlohn von 7,50 Euro. Auch die SPD spricht sich für einen Mindestlohn aus, schweigt aber zur Höhe. Der Antrag der Fraktion DIE LINKE wird abgelehnt.

Mai 2010: Der DGB erhöht seine Forderung nach einem gesetzlichen Mindestlohn auf 8,50 Euro.

September 2010: Der Deutsche Juristentag plädiert für einen allgemeinen gesetzlichen Mindestlohn.

Dezember 2010: DIE LINKE bringt einen Antrag in den Bundestag ein, der die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns spätestens zum 1. Mai 2011 fordert.

Kurs auf die Wahlen am 18. September

Der Neuköllner Bezirksverband der Partei DIE LINKE hat auf zwei ganztägigen Tagungen die Weichen für die Wahlen am 18. September gestellt.

Am 19. März stand die abschließende Beratung und der Beschluss über „Ein Linkes Programm für Neukölln – Gemeinsam für ein gutes Leben in Neukölln“ im Mittelpunkt. Nach ausführlichen Diskussionen in den Basisorganisationen und Arbeitsgruppen des Bezirksverbandes und mit externen Akteuren aus dem Bezirk fand das Programm die Zustimmung auf der Mitgliederversammlung.

DIE LINKE erklärt sich in dem Programm als „parteiisch“: „Sie kämpft mit erwerbslosen Menschen gegen Hartz IV. Sie unterstützt die abhängig Beschäftigten gegen Lohndrückerei und Einschränkungen ihrer Rechte. Sie engagiert sich gemeinsam mit Kindern und Jugendlichen für eine lebenswerte Zukunft. Sie streitet gegen das besonders im Norden Neuköllns aktuelle Problem der zunehmenden sozialen Verdrängung (Gentrifizierung) von Mieterinnen und Mietern und wirbt für ein friedliches Zusammenleben aller Menschen in Neukölln. Sie



Foto: Franziska Lorenz-Hoffmann

In der Seniorenfreizeitstätte im Böhmisches Dorf trafen sich die Neuköllner LINKEN zu den Vorbereitungen auf die Wahlen zum Berliner Abgeordnetenhaus und zur Bezirksverordnetenversammlung Neukölln.

setzt sich gegen Neofaschismus und Diskriminierungen aufgrund von Herkunft, Nationalität, Hautfarbe, Religion, Geschlecht und sexueller Orientierung ein. Sie kämpft für soziale Gerechtigkeit und gegen weitere Umverteilung von unten nach oben.“

Zur Zusammenarbeit mit anderen Parteien in der Bezirksverordnetenversammlung heißt es: Zukünftig werde sich DIE LINKE nur dann an Zählgemeinschaften beteiligen, „wenn dadurch die Lebenssituation der Mehrheit der Menschen in Neukölln verbessert wird und weiterer Sozial- und Personalabbau sowie weitere Privatisierungen ausgeschlossen werden.“

Mit der Aufstellung der Wahlbewerberinnen und Wahlbewerber setzten die Neuköllner Mitglieder der LINKEN am 2. April die Wahlvorbereitungen fort.

Nominiert für das Berliner Abgeordnetenhaus wurden:

Im Wahlkreis 1:
Gülaysan Karaaslan
Im Wahlkreis 2:
Irmgard Wurdack
Im Wahlkreis 3:
May Naomi Blank
Im Wahlkreis 4:
Vincent Streichhahn
Im Wahlkreis 5:
Ruben Lehnert
Im Wahlkreis 6:
Jörg Lelickens

Zur Wahl für die Bezirksverordnetenversammlung Neukölln wurden aufgestellt:

1. Marlis Fuhrmann
2. Thomas Licher
3. Erika Mourgues
4. Christian Posselt
5. Doris Hammer
6. Eugen Koch
7. Marijam Sariaslani
8. Hendrik Walther
9. Ulrike Albrecht
10. Sven Prager
11. Franziska Lorenz-Hoffmann
12. Knut Geipel
13. Sandra Boden

Das Programm der Neuköllner LINKEN kann im Internet gelesen werden: www.die-linke-neukoelln.de

Termine: DIE LINKE Neukölln

Bezirksvorstand

Der Bezirksvorstand Neukölln tagt parteiöffentlich in der Regel alle zwei Wochen donnerstags. Gäste sind herzlich willkommen.

Donnerstag, 14.4., 19 Uhr

Donnerstag, 28.4., 19 Uhr

Donnerstag, 12.5., 19 Uhr

Donnerstag, 26.5., 19 Uhr

DIE LINKE, Richardplatz 16

BO Hermannstraße

Mittwoch, 13.4., 19 Uhr

Mittwoch, 27.4., 19 Uhr

Treffen der Basisorganisation, Salvador-Allende-Zentrum, Jonasstraße 29

BO Reuterkiert

Montag, 11.4., 19 Uhr

Treffen der Basisorganisation, Allmende, Kottbusser Damm 25/26

BO Rixdorf

Donnerstag, 7.4., 19 Uhr

Versammlung der Basisorganisation. Thema: Tatort Niedriglohn. Erfolge, Probleme und Perspektiven im Kampf für den gesetzlichen Mindestlohn. DIE LINKE, Richardplatz 16

Donnerstag, 21.4., 19 Uhr

Versammlung der Basisorganisation. Thema: Wie kann der Atomwahnsinn gestoppt werden? Information und Diskussion über das deutsche Atomprogramm.

DIE LINKE, Richardplatz 16

BO Süd

Dienstag, 12.4., 18 Uhr

Treffen der Basisorganisation Süd am Lipschitzplatz (U7 Lipschitzallee) Info-Stand: Mindestlöhne statt Lohn-dumping.

Dienstag, 19.4., 18 Uhr,
Treffen der Basisorganisation Süd am Lipschitzplatz (U7 Lipschitzallee) Info-Stand: Mindestlöhne statt Lohn-dumping.

Dienstag, 26.4., 18 Uhr

Treffen der Basisorganisation Süd am Lipschitzplatz (U7 Lipschitzallee) Info-Stand: Mindestlöhne statt Lohn-dumping.

AG Hartz IV

Mittwoch, 13.4., 17.30 Uhr

DIE LINKE, Richardplatz 16

AG Kultur und Politische Bildung

Montag, 2.5., 19 Uhr

DIE LINKE, Richardplatz 16

Kostenlose Hartz-IV-Beratung

Mittwoch, 13.4., 14 bis 16 Uhr

Mittwoch, 27.4., 14 bis 16 Uhr

DIE LINKE, Richardplatz 16

Erwerbsloseninitiative Neukölln

Dienstag, 19.4., 11 bis 14 Uhr

Dienstag, 3.5., 11 bis 14 Uhr

Erwerbslosenfrühstück
DIE LINKE, Richardplatz 16

Linksjugend [solid]

Nord-Neukölln

Dienstag, 19.4., 19 Uhr

Dienstag, 3.5., 19 Uhr

Treffen in der „Werkstadt“, Emser Straße 124, Ecke Ilsestraße (zwischen den Bahnhöfen Hermannstraße und Neukölln).

Veranstaltung:

In Afghanistan nichts Neues? Zentralasien im Visier

Lesung und Diskussion
Mario Pschera stellt das neue Buch von Elke Windisch vor.
Montag, 18. April 2011, um 19 Uhr
DIE LINKE, Richardplatz 16.
Siehe auch Seite 7

Weitere Termine im Internet:

www.die-linke-neukoelln.de

Bitte vormerken:

Fest der Linken 27.-29.5.2011
KULTURBRAUEREI
BERLIN-PRENZLAUER BERG

Wilhelmsburg/Hamburg

Neukölln/Berlin

Der Hamburger Stadtteil Wilhelmsburg hat nicht nur auf den ersten Blick viel Ähnlichkeit mit Neukölln.

Auch Wilhelmsburg liegt am Rande der Innenstadt, weist im Norden eine Bebauung aus der Gründer- oder Nachkriegszeit auf und wird im Süden von Hochhäusern dominiert. Seine 50.000 Bewohner hat das Leben nicht verwöhnt. Nach dem letzten Hochwasser waren solventere Mieter fortgezogen, während ihre Nachfolger auf preiswerte Mieten angewiesen sind. So zählt Wilhelmsburg inzwischen zu den ärmsten Stadtteilen Hamburgs.

Obwohl die Instandhaltung einfach ausgestatteten Wohnraums unterblieb, ist die Wohnqualität gerade in Innenstadtnähe relativ hoch. Wilhelmsburg hat hier den Charme einer Kleinstadt: „Potenzial“ nennen das die Stadtverantwortlichen und haben eine an Eigentumswohnungen interessierte Klientel im Blick. Deshalb sollen eine IBA (Internationale Bauausstellung) und eine IGA (Internationale Gartenbauausstellung) die zumeist im kommunalen Besitz befindlichen Häuser und die Grünanlagen aufwerten.

Bereits jetzt verschwinden ganze Häuserzeilen hinter einer energetischen Modernisierung durch monströse „Wintergärten“. Weitere Be-



Foto: Marlis Fuhrmann

stände sollen folgen. Dies geschieht ohne Absprache mit den Altmietern und ist nicht in ihrem Sinn. Denn wer die neue Miete nicht zahlen kann, dem bleiben nur die Hochhäuser am Stadtrand als Ausweichquartier.

Die Hamburger LINKE hat die vor Ort engagierten Gruppen unterstützt, besonders das Netzwerk „Recht auf Stadt“. Entsprechend gut waren hier die Ergebnisse bei der Bürgerschaftswahl am 20. Februar.

Neukölln/Berlin

Unter den gleichen Vorzeichen wie in Hamburg wird auch in Berlin mit IGA und IBA geplant. Sprüche der Senatsbaudirektorin wie „Jeder kann eine Bauausstellung veranstalten - Sie auch!“ machen deutlich, dass es ihr mit „Raumstadt und Sofortstadt“ um hippe Bauprojekte geht, die mit den Befindlichkeiten der Anwohner wenig zu tun haben. Immerhin hat die Senatsverwaltung auf Druck von unten ein Gutachten zum Milieuschutz für die Schillerpromenade in Auftrag gegeben. An-

Hamburg/Wilhelmsburg: Ganze Häuserzeilen verschwinden hinter einer energetischen Modernisierung durch monströse „Wintergärten“.

sonsten befürwortet die SPD in Neukölln und Berlin die Verdrängung von Teilen der Bevölkerung zugunsten zahlungskräftiger Zuzügler und verkauft sie als Verbesserung der sozialen Bilanz.

Nur scheinbar ökologisch und sozial ausgerichtet, soll durch die Bauausstellung der Neubau mit guter Ökobilanz (Ökovillen) gefördert werden. Viel wichtiger ist aber die wenig spektakuläre Ertüchtigung des existierenden Wohnungsbestandes.

Damit eine Modernisierung oder Sanierung die Mieten nicht nach oben treibt, müssen soziale Belange Vorrang haben. Dazu gehören einfache Modernisierungsstandards und insbesondere energetische Konzepte, die nicht auf die Miete umgelegt werden können. Das heißt: Weg von der Fassadendämmung des einzelnen Hauses. Hin zum Einbau neuer Fenster in den Altbau mit seinen dicken Wänden sowie Einsatz

von Fernwärme und Blockkraftwerken. Die öffentlichen Bauten, wie das auszubauende Flughafengebäude und die Schulen, sollen hier Vorreiterfunktion einnehmen.

Ansonsten sind sowohl kommunales wie eigenes Engagement notwendig. Zwar will nach Kürzung der Bundesmittel das Land Berlin das Programm Soziale Stadt und damit auch das Quartiersmanagement weiter finanzieren. Aber wie gerade die Auseinandersetzung um einen Träger in der Okerstraße zeigt, gehören Wohnungsbau wie Sozialarbeit in öffentliche Hand und unter demokratische Kontrolle.

Für uns Neuköllner LINKE ist die Zusammenarbeit mit Mietervereinen und Initiativen gegen Gentrifizierung wichtig. Wir brauchen wie in Hamburg ein linkes Netzwerk Stadtpolitik.

Marlis Fuhrmann

DIE LINKE. mach mit!

**Egal, ob Du Parteimitglied bist oder nicht:
Sei linksaktiv und du kannst sofort anfangen.**

Nimm Kontakt zu uns auf:

Ruben Lehnert, Sprecher DIE LINKE.Neukölln, 0176 296 492 75,
ruben.lehnert@die-linke-neukoelln.de

Irmgard Wurdack, Sprecherin DIE LINKE.Neukölln, 0178 851 28 71
irmgard.wurdack@die-linke-neukoelln.de

Oder den Coupon ausfüllen, abtrennen und an folgende Adresse schicken:

DIE LINKE.Neukölln, Richardplatz 16, 12055 Berlin, Fax: 030/61359 19

Neu-Köllnisch · 4/2011 - APRIL

www.die-linke-neukoelln.de

DIE LINKE Berlin-Neukölln

Informationsangebot

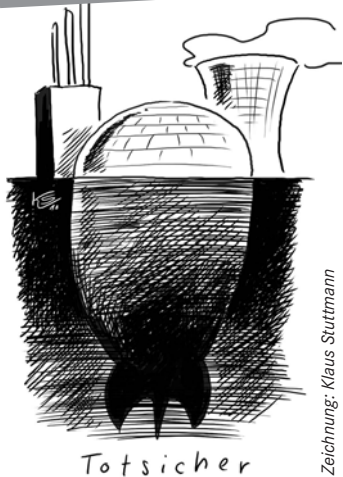
- Ich möchte Informationsmaterial bekommen.
- Ich möchte zu Veranstaltungen eingeladen werden.
- Ich möchte Mitglied der Partei DIE LINKE werden.

Name:

Anschrift:

E-Mail: Telefon:

Ostermarsch 2011



Zeichnung: Klaus Stuttmann

Zum Berliner Ostermarsch 2011 rufen Friedensbewegung und Anti-Atom-Bewegung gemeinsam auf. DIE LINKE. Neukölln unterstützt den Ostermarsch und fordert zur Teilnahme auf.

Im Aufruf wird darauf hingewiesen, dass von Anfang an die Nutzung der Atomtechnologie militärisch dominiert war. Mit den Atombombenabwürfen auf Hiroshima und Nagasaki im Jahr 1945 wurden der Welt die Folgen des militärischen Einsatzes von Atomwaffen dramatisch vor Augen geführt. Hunderttausende starben qualvoll. Nachfolgende Generationen leiden noch immer an den Spätfolgen der radioaktiven Strahlung. Vor 25 Jahren hat die Katastrophe von Tschernobyl überdeutlich gezeigt: Eine sichere Nutzung von Atomkraft kann es nicht geben. Das wird dramatisch in diesen Tagen in Japan bestätigt.

„Die Nutzung der Atomenergie ist unverantwortlich,“ heißt es im Ostermarschaufruf. „Die Folgen des Uranabbaus, der Urananreicherung und die Herstellung der Brennelemente verseuchen ganze Landstriche, machen krank und sind tödlich. Für jede Tonne verwertbares Uranerz fallen

Hiroshima – Tschernobyl – Fukushima: Atomwaffen ächten – AKW abschalten!

bis zu 2000 Tonnen strahlender, umweltbelastender Abraum an. Für die Lagerung des radioaktiven Abfalls gibt es weltweit noch keine sichere Lösung und wird es wohl in naher Zukunft auch nicht geben. Wir, die Anti-Atom- und Friedensbewegung, möchten gemeinsam darauf hinweisen: Die Nutzung der Atomenergie gefährdet den Frieden in der Welt. Denn durch Atomkraftwerke und Urananreicherungsanlagen nimmt die Gefahr der Ausbreitung von Atomwaffen zu. Solange Atomwaffen existieren, bestehen die Gefahr und der Anreiz zu ihrer weiteren Verbreitung. Jede Nutzung von Atomkraft bietet die Grundlage, das hergestellte Material in waffenfähiges umzuwandeln. Deshalb ist die Exportförderung der deutschen Atomreaktoren ein Beitrag zum Bau von neuen Atomwaffen. Ausstieg aus der Atomkraft ist darum unser Ziel.“

Laut Schätzungen lagern derzeit 22.600 Kernwaffen in den weltwei-

ten Arsenalen. Durch das neue NATO-Konzept wird weiterhin der Ersteinsatz von Atomwaffen angedroht. „Vor allem die Atommächte müssen mit der Abrüstung beginnen“, heißt es im gemeinsamen Aufruf. „Gleichzeitig können atomwaffenfreie Zonen, z.B. im Nahen und Mittleren Osten, geeignete Schritte auf dem Weg zu einer atomwaffenfreien Welt sein. Als deutschen Beitrag zur atomaren Abrüstung fordern wir den Abzug der US-Atomwaffen aus Büchel und die Beendigung der nuklearen Teilhabe im Rahmen der NATO.“

Der Berliner Ostermarsch beginnt am Ostersonnabend, 23. April, um 12 Uhr vor der Vattenfall-Zentrale an der Chausseestraße 23 im Bezirk Mitte. Er geht zum Potsdamer Platz, vorbei an den Berliner Vertretungen der Atomkonzerne (Friedrichstraße, Unter den Linden, Behrenstraße, Ebertstraße).

Lassen wir uns nicht unterkriegen

Zur Wahlniederlage der LINKEN in Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz

Gesine Löttsch und Klaus Ernst, die Parteivorsitzenden der LINKEN, haben nach der Wahlniederlage vom 27. März einen Brief an die Mitglieder der LINKEN geschrieben. Für die Leserinnen und Leser von Neu-Köllnisch dokumentieren wir zentrale Aussagen dieses Briefes.

Bei den Landtagswahlen in Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz konnten wir unser Wahlziel leider nicht erreichen. Aber wir brauchen unser Licht nicht unter den Scheffel zu stellen, wir sind in 13 von 16 Landtagen vertreten und werden alles tun, bei den nächsten Wahlen auch in die Landtage von Bayern, Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz einzuziehen.

Unsere Bemühungen waren nicht umsonst. Die vielen Veranstaltungen und unzähligen Gespräche, die verteilten Materialien und Flugblätter haben dazu beigetragen, DIE LINKE und unsere Positionen bekannter zu machen. Wir werden die

Gespräche, die wir im Wahlkampf geführt haben, fortsetzen. Wir werden mit Gewerkschafterinnen und Gewerkschaftern weiter über einen flächendeckenden Mindestlohn sprechen. Wir werden weiter mit den Stuttgart-21-Gegnern gegen dieses unsinnige Prestigeprojekt demonstrieren. Wir werden weiter mit Friedensaktivistinnen und -aktivisten gegen Atomwaffen in Rheinland-Pfalz und gegen Kriege in Libyen und Afghanistan kämpfen.

Die Entscheidung von Millionen Wählerinnen und Wählern wurden in erheblichem Maße durch die Atomkatastrophe in Japan geprägt. Im Ergebnis gab es bei beiden Landtagswahlen nur einen Wahlsieger: die Grünen. Hinter den wochenlangen Bildern aus Japan, wo Menschen um ihre Existenz kämpfen und eine Atomkatastrophe noch unvorhersehbare Folgen haben wird, sind im Bewusstsein vieler Menschen Themen wie ihre Löhne, soziale Gerechtigkeit, Frieden und Demokratie in den Hintergrund getreten.

Dazu kam, dass uns die letzten Umfragen in Baden-Württemberg unter der 5-Prozent-Marke sahen. Wählerinnen und Wähler, die einen

Regierungswechsel wollten, wählten deshalb eher SPD oder Grüne, weil ihnen das als der „sichere Weg“ für eine Abwahl von CDU-Ministerpräsident Mappus erschien.

Mit diesen Hinweisen wollen wir keinesfalls der Betrachtung weiterer Ursachen, die das Wahlergebnis für uns negativ beeinflusst haben, ausweichen. Wir wollen aber deutlich machen, dass diese Wahlen in einer Ausnahmesituation stattfanden.

Wir sind davon überzeugt, dass unsere Vorstellungen einer solidarischen, gerechten und sozialen Gesellschaft, unser friedenspolitisches Engagement und unsere Forderungen nach einer demokratischen Erneuerung die Gründe sind, warum sich DIE LINKE bisher in der gesamten Bundesrepublik etablieren konnte. In diesen Themenfeldern vertreten wir mit unseren Positionen die Mehrheit der Bevölkerung und unterscheiden uns deutlich von den anderen Parteien. Hier müssen wir unser Profil weiter schärfen und unsere Unterschiede zu den anderen Parteien deutlich machen.

Das heißt nicht, dass wir nicht auch in der Umwelt- und Energiepo-

litik, zu Migration und Integration und vielen anderen wichtigen Themen unsere Positionen einbringen. Im Gegenteil, das machen wir intensiv und breit aufgestellt. Doch DIE LINKE wird sich immer für Problemlösungen im Interesse derjenigen einsetzen, die für einen Lohn arbeiten müssen, von dem sie nicht leben können, die unter unwürdigen Arbeitsbedingungen schuften müssen, die arbeiten wollen, aber keine Arbeit finden und dafür mit Hartz IV gedemütigt werden, die ein Leben lang gearbeitet haben und jetzt mit ihrer Rente nicht in Würde alt werden können oder die lernen wollen, aber durch das Schulsystem wegen ihrer sozialen Herkunft aussortiert werden. Genau eine solche Betrachtung macht den spezifisch LINKEN Blick aus, den nur wir haben und den wir uns erhalten werden.

Lassen wir uns vom Misserfolg bei diesen Wahlen nicht unterkriegen. Nur DIE LINKE ist die Partei des Friedens und der sozialen Gerechtigkeit. Gemeinsam und solidarisch können wir weiter daran arbeiten, unsere Ziele zu erreichen. Jetzt erst recht!

In Afghanistan nichts Neues? Zentralasien im Visier



Lesung und Diskussion. Mario Pschera stellt das neue Buch von Elke Windisch vor. Montag, 18. April 2011, um 19 Uhr DIE LINKE. Neukölln am Richardplatz 16 in 12055 Berlin (U7 Karl-Marx-Straße).

Afghanistan gilt als Symbol für den Kampf gegen den Terror. Deutsche Soldaten agieren angeblich als Wiederaufbauhelfer, Menschenrechte als Argument für die Intervention.

Die Gründe für den Krieg jedoch werden in Politik und Medien ausgeblendet. Denn es geht um mehr: um die Märkte der Zukunft, Energiesicherheit und die Hegemonie über eine Großregion, die vom Kaspischen Meer über Iran, Kasachstan bis nach Indien reicht. Die Ursachen für die gegenwärtigen Konflikte reichen weit in die Kolonialgeschichte hinein. Die Veranstaltung stellt Akteure und Hintergründe



Fotos: Dayelli-Verlag

Plakate der Kampagne gegen Mohnanbau in Afghanistan. Elke Windisch porträtiert zentrale Figuren wie Hekmatyar und Schah Massoud, sie zeigt wirtschaftliche Zusammenhänge auf.

des „Großen Spiels“ vor. Lassen Sie sich von Elke Windisch auf eine Reise der besonderen Art mitnehmen: von den Stätten der altiranischen Feueranbeter, über staubige Pisten und reißende Flüsse in das Land der Tausend Städte, an die Ufer des sterbenden Meeres, in die rauen Gebirge des Alatau und des Pamir bis in das kriegszerstörte Kabul. Sie werden gewöhnlichen und außerge-

wöhnlichen Menschen begegnen. „Mal andächtig, mal zärtlich, mal zynisch: Elke Windisch hat ihren ganz eigenen Stil“, schreibt Helen Sibum im Amnesty International Journal. „Wenn es um die Machthaber in der Region geht, nimmt sie kein Blatt vor den Mund.“

Elke Windisch: *Zentralasien. Politische Reisereportagen*, 300 Seiten, Dayelli-Verlag, Berlin. 18,80 Euro.

Ist Kunst Luxus?

Das Motto des Neuköllner Kulturfestivals hat kritische Fragen aufgeworfen.

Kunst als Luxus und die Künstler als „Pioniere der sozialen Verdrängung“?

Die 48-Stunden-Neukölln stehen in diesem Jahr unter dem Thema „Luxus Neukölln – Menschliche Existenz im Spannungsfeld von Entbehrung und Fülle“. Wenn man bedenkt, das in Teilen des Neuköllner Nordens eine massive soziale Verdrängung durch Mietsteigerung (Gentifikation) nicht nur droht sondern schon einsetzt, ist das sicher das falsche Motto für das bekannte und populäre Kunst- und Kulturfestival. Sollte der Begriff „Luxus“ in irgendeiner Form ironisch verwendet worden sein, wird es in der Ankündigung nicht klar und dem „Gesellschaftlichen Wandel“ stehen die Veranstalter scheinbar auch sehr unkritisch gegenüber.

Schon seit einiger Zeit leisten im Norden von Neukölln Kulturschaffende und Künstler einen unfreiwilligen Beitrag zur Aufwertung der Wohnquartiere. Sind die Wohngebiete – auch durch Kunst und Kultur

– erst mal attraktiv geworden, ziehen verstärkt Studenten und junge Intellektuelle her. Dann folgen steigende Mieten, wie z.B. mit 17 Prozent im Reuterkiez (Neu-Köllnisch berichtete in der letzten Ausgabe darüber) und die angestammte Bevölkerung wird aus den innerstädtischen Altbauquartieren an die unattraktiven Plattenbauten am Stadtrand verdrängt. Dabei wird dieser Prozess auch mit Hilfe des Quartiersmanagements aktiv verstärkt, die zum Beispiel den finanziell meist nicht besonders gut gestellten Künstlern leer stehende und preiswerte Ladenflächen vermitteln bzw. Kontakte zu den Vermietern herstellen. Diesen Prozess der Aufwertung und Verdrängung konnte man in den letzten 20 Jahren gut im Prenzlauer Berg in der Region um den Kollwitzplatz sehen. Ist das Gebiet erst mal richtig aufgewertet, können sich die Künstler die Mieten auch nicht mehr leisten und werden ebenfalls verdrängt und müssen weiter ziehen.

Thomas Licher



Foto: KDF

Vom 17. bis 19. Juni 2011 findet das Festival „48 Stunden Neukölln“ mit dem Themenschwerpunkt „Luxus Neukölln“ statt (Foto vom Richardplatz 2010).

Statt „Luxus-Kunst für wenige“ sollte das Ziel sein: „Kunst durch und für alle!“

Keine beliebigen Kunst-Projekte bei 48-Stunden-Neukölln, die jemand schon immer irgendwo verwirklichen wollte, sondern eine künstlerische Auseinandersetzung mit dem Kiez ist gefordert. Wie der große Chor New Babel Sounds mit David Moos in dem – unter Berufung auf die Babylonische Sprachenvielfalt – jeder ohne Vorkenntnisse mitsingen kann und soll. Und der am 16. April mit mehreren hundert Anwohnern die

Karl-Marx-Straße hinunterziehen wird. Oder in Zusammenarbeit mit dem Künstler Adam Page, der darstellende Fähigkeiten vermittelt mit denen man sich im Wohnquartier und öffentlichem Raum gegenüber den Planungsbehörden behaupten kann. So ließen sich mit Schülern Entwürfe zur Neugestaltung des Platzes der Stadt Hof entwickeln, die anschließend auf der Karl-Marx-Straße zur Diskussion gestellt wurden. Ein engagierter Mittler kann den Bewohnern ihre Stimme wiedergeben. Workshops sollten breit im Rahmen eines Community Planning durchgeführt werden.

Marlis Fuhrmann

